

Landtag von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

Antrag

**der Abg. Bärbl Mielich u. a. GRÜNE,
der Abg. Rainer Hinderer u. a. SPD und
des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP**

Resolution: Hebammen sind wichtig – für die Frauen und ihre Familien

1. Der Landtag wolle beschließen, festzustellen:

Hebammen sind ausgebildete Fachfrauen, die einen wertvollen Beitrag für die Frauen- und Familiengesundheit leisten. Sie begleiten Frauen und ihre Familien rund um die Schwangerschaft, Geburt und die Zeit danach. Ihre Arbeit gewährleistet das Recht der Schwangeren zu entscheiden wie und wo sie ihr Kind auf die Welt bringen möchten. Dieses Recht ist im Sozialgesetzbuch festgeschrieben und doch gerät es immer mehr in Gefahr, wenn immer weniger Hebammen Geburtshilfe anbieten können. Die Rahmenbedingungen für Hebammenarbeit müssen verbessert werden.

2. Der Landtag von Baden-Württemberg

- a) stellt fest, dass Hebammen ein unverzichtbarer Bestandteil der geburtshilflichen Versorgung darstellen;
- b) sieht in der Sicherung der Geburtshilfe eine bedeutende Aufgabe;
- c) bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zeitnah unter Beteiligung der betroffenen Berufsgruppen und der Kostenträger Lösungen erarbeitet werden, die mittel- und langfristig die Geburtshilfe im Land sichern können. Dabei ist neben einem Sicherstellungszuschlag insbesondere zu prüfen, wie die Übernahme der Haftung unabhängig von privaten Versicherungsunternehmen gewährleistet werden kann.

10.07.2014

Mielich, Frey, Lucha, Poreski, Schneidewind-Hartnagel GRÜNE
Hinderer, Graner, Reusch-Frey, Wahl, Wölfle SPD
Haußmann FDP/DVP

Begründung

Freiberufliche Hebammen ziehen sich aus der Geburtshilfe zurück, weil ihre Arbeit zu gering vergütet wird und sie die extrem gestiegenen Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen können. Jede freiberufliche Hebamme muss über eine Haftpflichtversicherung verfügen. Durch den Ausstieg der Nürnberger Versicherung zum 1. Juni 2015 droht den Hebammen damit der Wegfall jeglicher Haftpflichtversicherungsmöglichkeit. Das bedeutet in der Konsequenz, dass Hebammen ihren Beruf freiberuflich nicht mehr ausüben können. Damit ist die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe in Zukunft nicht für alle Regionen gesichert. Das bedeutet gerade für den ländlichen Raum einen Verlust der wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Dem will der Sozialausschuss mit seiner Initiative entgegen wirken. Die aktuell gescheiterten Verhandlungen zwischen dem GKV-Bund und dem DHV müssen wieder aufgenommen werden, mit dem Ziel, eine für die Berufsgruppe der Hebammen auskömmliche Lösung zu finden.